



Hans-Jürgen Urban

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Arbeit für alle - bei fairem Lohn

Dortmund, 1. Mai

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

In einer Jahrhundert-Krise

Liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die Lage ist ernst, verdammt ernst.

Der Neoliberalismus hat die Welt in eine tiefe Krise getrieben.

Alte Glaubenssätze sind erschüttert, der globale Finanzmarkt-Kapitalismus wackelt.

Die deutsche Wirtschaft wird in diesem Jahr um 6-7% schrumpfen; und auch für 2010 ist keine wirkliche Wende in Sicht.

Die Betriebe versuchen sich mit Kurzarbeit über die Zeit zu retten.

Aber die Uhr tickt:

Wie zu befürchten war, haben Leiharbeiter und befristet Beschäftigte als erste ihren Job verloren.

Spätestens im Herbst droht ein noch massiverer Beschäftigungsabbau.

Gelingt es nicht, das Ruder herumzureißen, sind Massenarbeitslosigkeit und Rekorddefizite in den öffentlichen Kassen vorprogrammiert.

Was das für die Zeit nach der Bundestagswahl heißt, kann sich jeder an fünf Fingern abzählen:

beinharte Verteilungskonflikte und eine neue Agenda 2020.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir, die wir für einen solidarischen Ausweg aus der Krise kämpfen, tun uns schwer.

Unser Wissen über Ursachen, Wirkungszusammenhänge und Reichweite der Krise befinden sich längst nicht auf der Höhe der Zeit.

Keiner von uns weiß, was da in den Bilanzen der Banken und Heuschrecken noch gebunkert ist, wie viel Finanz-Giftmüll noch zu entsorgen ist.

Aber, Kolleginnen und Kollegen:

Nicht alles ist unklar. Nicht alles liegt im Dunkeln.

Einiges wissen wir schon.

- Wir wissen um die Verantwortung der arroganten Lenker der Finanzfonds, Banken und multinationalen Konzernen;

Dieser Herren, die mit ihrer Bereicherungssucht die Krise vorangetrieben haben.

- Und wir kennen die Vertreter der politischen Klasse, die mit ideologischem Eifer dem Finanzmarktkapitalismus den Weg bereitet haben:

Durch die Liberalisierung der Finanzmärkte, die Deregulierung der Arbeitsmärkte, die Privatisierung sozialer Sicherheit und eine gigantische Umverteilung von unten nach oben.

- Und wir kennen diese „Second-Hand-Dealer“ des Neoliberalismus.

Die Meinungsmacher in der Wissenschaft, den
Zeitungen und den Rundfunk- und Fernsehanstalten.

Viel zu oft haben sie die Gebote der Sachlichkeit
ignoriert und sich als Lautsprecher neoliberaler
Glaubenssätze um ihre Reputation gebracht.

Ja, Kolleginnen und Kollegen,

wir kennen die Täter. Und jetzt wollen sie uns die
Rechnung rüber schieben.

Ich sage: Nein meine Herren, so nicht!

Das ist politische Zechprellerei!

Ihr habt die Milliarden-Party gefeiert.

Und ihr habt buchstäblich mit Champagner nachgespült,
wenn nichts mehr rein ging!

Und jetzt ist Zahltag! Euer Zahltag!

Wir zahlen nicht für Eure Party!

Die soziale und humanitäre Katastrophe ist längst Realität

Kolleginnen und Kollegen:

Wir dürfen nicht vergessen.

In anderen Regionen der Erde ist die soziale und humanitäre Katastrophe längst Realität.

Der Finanzmarkt-Kapitalismus hat die Kluft zwischen Wohlstands- und Armutszonen nicht erfunden.

Aber er hat sie erheblich vertieft.

Wir leben in einer Welt, in der die obersten 15 Prozent der Menschheit

- fast 90 Prozent des Weltkonsums,
- fast 60 Prozent der Weltenergie,
- und gut 80 Prozent des Welteinkommens für sich beansprucht,

Und dem unteren Fünftel der Menschheit stehen

- gerade einmal 1,3 Prozent des globalen Konsums
- und 4 Prozent der Energie
- und weniger als 3 Prozent des globalen Einkommens zur Verfügung.

Von der Unterversorgung mit Nahrung und Trinkwasser ganz zu schweigen.

Kolleginnen und Kollegen,

der langjährige UN-Berichterstatter Jean Ziegler hat es auf den Begriff gebracht:

Er spricht von einem „Imperium der Schande“.

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ein Imperium der Schande, das ist er, der globale Finanzmarkt-Kapitalismus.

Ich rufe in Erinnerung:

Der 1. Mai war stets auch der Tag der internationalen Solidarität.

Aber: Viel zu oft gerät diese gute und wichtige Tradition unter die Räder der eigenen Sorgen, endet unser Blick am Gartenzaun des eigenen Arbeitsplatzes.

Es geht um den Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Armut und Entrechtung hier bei uns.

Aber es geht auch um die Überwindung einer Wirtschafts- und Lebensweise, die die Welt in Menschen mit und ohne Lebenschancen teilt.

Dieser menschenverachtende und umweltzerstörende Finanz-Kapitalismus ist und bleibt ein Irrtum der Geschichte.

Und deshalb wird es höchste Zeit, das er von der Bühne der Weltgeschichte abtritt.

Je früher desto besser!

Die Verantwortlichen beim Namen nennen

Kolleginnen und Kollegen!

Es ist gut, dass sich was tut.

Überall in der Welt regt sich Widerstand.

Kaum ein Treffen der globalen Wirtschafts- und
Regierungs-Eliten ohne Widerstands-Aktionen.

Überall werden den Strategien des Geldes und der Macht
die Forderungen der Solidarität und des Widerstandes
entgegengesetzt.

Das ist gut so, und davon können wir gar nicht genug
haben.

Aber ich sage auch:

Wer die Welt verändern will, der muss zu Hause damit
beginnen.

Und hier bietet sich uns ein bizarres Schauspiel.

Auf einmal will es keiner gewesen sein.

Verdutzt fragt man sich:

- Wer hat eigentlich die Unternehmen in den letzten Jahren den wahnwitzigen Rendite-Ansprüchen der Finanzmärkte, dem Shareholder-Value-Diktat unterworfen.

Wer hat Löhne gedrückt, Arbeitszeiten verlängert und die Beschäftigten wie Zitronen ausgepresst?

Waren das anonyme Marktkräfte oder doch die Ackermänner und Co!

- Und wer hat dem Finanzmarktkapitalismus den Teppich ausgerollt?

Wer hat Veräußerungsgewinne steuerfrei gestellt, Hedge-Fonds zugelassen und „eine Finanzaufsicht mit Augenmaß“ propagiert, wie es bis heute in der Koalitionsvereinbarung der Regierung heißt?

Das waren doch nicht die Heinzelmannchen, das war die neoliberale Einheitsfront in der Union, der Sozialdemokratie und bei den Grünen.

Und heute?

Kolleginnen und Kollegen,

ich bin verblüfft: Was so eine bevorstehende Bundestagswahl alles in Bewegung setzen kann.

Auf einmal will es keiner gewesen sein.

Plötzlich fordern alle eine Regulierung der Finanzmärkte und öffentliche Konjunktur-Programme.

Ja, selbst Peer Steinbrück und Angela Merkel fordern die Verstaatlichung von Banken.

Und damit erheben sie eine Forderung, die einem vor wenigen Jahren die „innige Freundschaft“ des Verfassungsschutzes eingetragen hätte.

Kolleginnen und Kollegen!

Sicher, irren ist menschlich, aber so einfach geht das nicht.

Öffentliche Rechenschaft und nicht wahltaktische Rosstäuscherei ist angesagt.

Deshalb:

- Ich fordere die **Abgeordneten des Deutschen Bundestages** auf:

Für jeden Unsinn gibt es parlamentarische Untersuchungsverfahren, aber mit Blick auf die Krise herrscht Friedhofsruhe.

Richten Sie endlich einen Untersuchungsausschuss „Finanzmarktkrise“ ein, der Ursachen und Verantwortliche beim Namen nennt.

- Ich fordere die **Vorstände von Banken und Unternehmen** auf:

Entschuldigen Sie sich öffentlich bei den Menschen, geben Sie die unverdienten Bonuszahlungen zurück und machen sie endlich den Weg frei für eine Unternehmenspolitik, die nicht Renditen, sondern sichere Arbeitsplätze, faire Einkommen und humane Arbeitsbedingungen ins Zentrum rückt.

- Und diesen ach so klugen neoliberalen
Wirtschaftsprofessoren rufe ich zu:

Ihre Ratschläge waren häufig gut bezahlt, aber noch häufiger falsch.

Sie haben sich lange genug als neutrale Wissenschaftler getarnt und als neoliberale Glaubensprediger betätigt!

Und wenn es nur für eine kurze Schamfrist ist: Halten sie doch einfach mal die Klappe!

Frankfurter Appell der IG Metall: Verantwortung übernehmen

Ja: Wir müssen dem neoliberalen Meinungs- und Entscheidungskartell unser Bündnis der Aufklärung und Gegenmacht entgegensetzen.

Dazu haben wir als IG Metall einen „Frankfurter Appell“ mit den genannten Forderungen formuliert.

Er ist im Netz verfügbar! Und ich fordere Alle auf:

Schließt Euch dem Appell an!

Sorgen wir gemeinsam für eine öffentliche Debatte über Ursachen und die richtigen Schlussfolgerungen aus der Krise!

Decken wir nicht den Mantel des Schweigens und des Wahlkampfes über die Schuldigen.

Für mich ist klar: Wer als Mitläufer mitgemacht hat, der muss sich öffentlicher Kritik stellen.

Aber wem konkret und verlässlich Dreck am Stecken nachgewiesen werden kann, der gehört nicht mehr in eine Vorstandsetage, der gehört in den Knast!

Flexible Alters-Übergänge – statt Wahlkampfgetöse und Rente mit 67

Kolleginnen und Kollegen,

wenn wir nicht aufpassen, läuft alles in den alten, schlechten Bahnen weiter.

Erst durfte Josef Ackermann der Frau Bundeskanzlerin und dem Herrn Steinbrück erklären, wie er sich die Abwälzung der Krisenkosten auf die Steuerzahler wünscht.

Und heute lässt er sich schon wieder für eine Profitrate der Deutschen Bank von fast 25 Prozent feiern.

Und Medien und Banker ziehen ehrfürchtig den Hut.

Und die Politik?

Ihr scheint Wählerfang wichtiger als Krisenbewältigung.

Nehmen wir die aktuelle Renten-Debatte.

Vor allem in den USA und in Großbritannien führt der Finanz-Crash zu einer gigantischen Enteignung einfacher Sparer.

Sie verlieren ihre Sparvermögen, das sie sich oftmals vom Munde abgespart haben, um für ihr Alter und das ihrer Familien Vorsorge zu treffen.

Noch vor einigen Jahren hätten wir mit einer gewissen Zuversicht und Gelassenheit auf unser solidarisches Rentensystem verwiesen.

Und darauf, dass dieses eben nicht auf Renditen der privaten Kapitalmärkte angewiesen ist, sondern sich aus einem solidarischen Miteinander von Alt und Jung speist.

Unsere Rentenversicherung und der Generationenvertrag, auf dem sie beruht, galten einst als das Flaggschiff des deutschen Sozialstaats.

Aus vielen Ländern kamen Sozialpolitiker nach Deutschland gepilgert, um dieses Monument des sozialen Fortschritts zu studieren.

Und heute?

Statt langfristiger Zukunftsvorsorge erleben wir kurzfristige Flickschusterei.

Auf dem Bundesarbeitsminister lastet der Fluch der bösen Taten seiner Vorgänger.

Und die haben durch Einschnitte in das Rentenrecht die Arbeitgeber entlastet, die Altersgrenzen heraufgesetzt, die Renten zurückgefahren und die Rentenversicherung teilprivatisiert.

Pensionsfonds und private Versicherungen rieben sich die Hände und witterten das große Geschäft.

Wegen eventuell sinkender Arbeitseinkommen, aber auch wegen der Kürzungsfaktoren in der Rentenformel drohe den Rentnern für 2010 – so heißt es nun in den Medien – eine Minusrunde.

Und das vor der Europa- und der Bundestagswahl! Was für ein Regiefehler!

Kolleginnen und Kollegen!

Wenn der Bundesminister jetzt ankündigt, er wolle noch vor der Wahl durch eine gesetzliche Formulierung Rentenkürzungen ausschließen, dann begrüßen wir das nachdrücklich.

Aber das reicht nicht!

Wir brauchen keine Flickschusterei aus Wahlkampfgründen.

Wir brauchen eine verlässliche Stabilisierung und Weiterentwicklung der solidarischen Alterssicherung!

Nicht nur vor der Wahl, sondern dauerhaft.

Wir sagen: Wir machen diesen inszenierten Krieg der Generationen nicht mit!

Wir kämpfen auch weiterhin für soziale Sicherheit im Alter und faire Zukunftschancen für die Jungen.

Und deshalb kämpfen wir für gute und zukunftsfähige Ausbildungsplätze und Bildungschancen für die Jüngeren.

Und zugleich streiten wir für die Weiterentwicklung der Rentenversicherung zu einer solidarischen

Erwerbstätigenversicherung, in der alle Erwerbstätigen versichert und beitragspflichtig sind.

„Alle rein ins Solidarsystem“ – so lautet unsere Losung.

Wir wollen nicht weniger, wir wollen mehr Solidarität zur Lösung der sozialstaatlichen Zukunftsfragen.

Und diesen Streit führen wir, wie es sich für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gehört: nicht „einsam und alleinsam“, sondern zusammen und gemeinsam.

Jung und Alt, Männer und Frauen, Deutsche und Nicht-Deutsche!

An der Wahlurne, am 1. Mai und wenn es sein muss auch bei weiteren Demonstrationen und Aktionen!

Leitlinien für ein anderes, solidarisches Entwicklungsmodell

Kolleginnen und Kollegen,

die Dramatik der Krise erfordert eine politisch Wende –
und zwar um 180 Grad.

Was jetzt kommen muss, ist mehr als „soziale
Marktwirtschaft“!

Was jetzt angesagt ist, heißt:

- Kontrolle und Regulierung der Finanz- und
Devisenmärkte!
- Umverteilung von Einkommen, Vermögen und sozialen
Rechten!
- Und: ökologischer Umbau mit weitreichender
Demokratisierung der Wirtschaft!

Das sind die Wegemarken in eine bessere Zukunft.

Der Neoliberalismus hat Betriebe, Politik und Medien ins
Schlepptau der Finanzmärkte genommen.

Jetzt schlägt die Stunde einer offensiven Politik.

Wir sagen: Wo öffentliches Geld fließt, muss öffentliche Eigentumsbildung entstehen und öffentliche Einflussnahme folgen.

Jawohl, ich rede auch von Enteignung und Vergesellschaftung!

Und über öffentliches Eigentum und öffentliche Einflussnahme müssen die Abkehr vom Shareholder-Value-Wahnsinn, der ökologische Umbau und die Demokratisierung der Wirtschaft vorangetrieben werden.

Auch in der Automobilindustrie.

Rückbau der Überkapazitäten und ökologischer Umbau – das ist angesagt.

Und das geht nicht über den Markt. Auch nicht bei Opel.

Der Markt setzt auf Massenentlassungen, Belegschaftsspaltungen und Existenzbedrohung.

Deshalb kämpfen die Kolleginnen und Kollegen bei Opel um ihre Existenz – und das mit Recht!

Nicht Massenentlassungen und Belegschaftsspaltungen,
sondern Widerstand, ökologischer Umbau und
Wirtschaftsdemokratie weisen den richtigen Weg.

Und das geht nur mit und nicht gegen die Belegschaften.

Und deshalb fordere ich euch auf:

Solidarisiert euch mit der Opel-Belegschaften- in Bochum,
in Rüsselsheim und allen anderen Standorten!

Für ein Sofortprogramm gegen die Krise

Liebe Kolleginnen und Kollegen.

Das alles kostet Geld, viel Geld.

Der öffentlichen Verschuldung sind Grenzen gesetzt. Das
Geld müssen wir da holen, wo es ist.

Bei den Profiteuren des Finanzmarkt-Kapitalismus, den
Reichen und Superreichen.

Ob Vermögenssteuer, Millionärssteuer oder
Zwangsanleihen – entscheidend ist:

Der Weg in eine bessere Gesellschaft führt nur über eine
gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen.

Mit der maßlosen Bereicherung Einzelner ist jetzt
Schluss!

Jetzt müssen Solidarität und Verteilungsgerechtigkeit
wieder zu ihrem Recht kommen!
Kolleginnen und Kollegen,

Die gegenwärtig dringlichste Aufgabe besteht in der
Sicherung von Unternehmen, Standorten und
Beschäftigung.

Nicht nur über den Banken, über der Realwirtschaft und
vor allem über den Arbeitsplätzen muss ein Schutzschirm
aufgestammt werden.

Die IG Metall hat dafür einen Beteiligungsfonds zur
Unternehmenssicherung vorgeschlagen.

Der Fonds sollte mit 100 Mrd. € ausgestattet sein und über eine Zwangsanleihe auf Vermögen über 750 000 Euro finanziert werden.

Mit diesem Geld könnten wir Unternehmen mit Liquiditätsproblemen über die Krise hinweg helfen.

Doch öffentliche Mittel darf es nicht „für lau“ geben. Voraussetzung ist:

- der Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen,
- die Einhaltung geltender Arbeitnehmerrechte und Tarifverträge
- und die Vorlage eines betrieblichen Zukunfts-Konzeptes.

Ergänzt werden muss dies durch ein groß angelegtes europäisch abgestimmtes Zukunftsinvestitionsprogramm.

Bedarfsfelder gibt es mehr als genug.

Der Zustand öffentlicher Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Universitäten und Krankenhäuser, aber auch von Straßen und öffentlichem Nahverkehr ist geradezu erbärmlich und mitleiderregend.

Hier können öffentliche Investitionen mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen.

- sie sichern und schaffen Arbeitsplätze,
- erhöhen die Lebensqualität der Menschen
- und bringen uns voran bei der überfälligen Versöhnung von Ökonomie und Ökologie.

Für ein solches Sofortprogramm und für eine andere Politik – auch dafür demonstrieren wir heute.

Und dafür werden wir auch am 16. Mai in Berlin mobilisieren.

Auf dem europäischen Aktionstag der Gewerkschaften.

Auch da müssen wir viele sein.

Also: Wir sehen uns am 16. Mai wieder und jeder bringt noch einen mit!!!

„Es rettet uns kein höhres Wesen ...“ – für eine soziale Bewegung der Solidarität

Kolleginnen und Kollegen!

Die Zeiten sind schwierig und viel gibt's zu tun.

Manchmal fragt man sich: Wer soll das alles durchsetzen?

Wer hat den Mut und die Kraft?

Darauf gibt es nur eine Antwort: Wir!

Ein Bündnis der Solidarität, aus Globalisierungskritikern, Gewerkschaften, Sozial-Initiativen und kritischen Intellektuellen.

Ja, diesen Kampf werden wir selber führen müssen, das wird uns keiner abnehmen.

Die Bedingungen sind gar nicht so schlecht.

Arbeit, soziale Gerechtigkeit und Demokratie in Wirtschaft und Politik – diese Ziele finden immer mehr Unterstützung.

Und immer mehr sind bereit, diese Auseinandersetzung mit der Perspektive für eine andere, eine bessere Gesellschaft zu verbinden.

Eine Gesellschaft jenseits der Zwänge des heutigen Finanz-Kapitalismus.

Eine Gesellschaft, in der soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Humanität nicht immer wieder gegen die Interessen kleiner Minderheiten durchgekämpft werden müssen.

Mit diesem Ansinnen ist die Arbeiterbewegung einmal angetreten.

Es ist das Ansinnen, das Imperium der Schande durch ein globales Imperium der Solidarität zu überwinden.

Es ist ein altes Ansinnen, aber zugleich das aktuellste, das ich kenne.

Also: Auf geht's! Es lebe der 1. Mai.